

Österreichs Investoren gehen weiter nach Osten

Erschließung neuer Märkte wichtiger als Verlagerung von Produktionen

Der Schwerpunkt der Neuinvestitionen österreichischer Firmen in Osteuropa verlagert sich von den Nachbarländern weiter nach Osten. Bulgarien und Rumänien sowie die GUS-Länder Russland und Ukraine lösen Tschechien und Ungarn als neue Schwerpunkte ab. Dies geht aus Firmenbefragungen hervor, die in den Datenbanken der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und internationaler Institutionen ihren Niederschlag finden. Investitionen in weiter entfernten Ländern überfordern aber kleinere und mittlere Unternehmen. Die Politik ist daher aufgerufen, insbesondere das Wachstum der Firmen zu fördern. Vor allem High-Tech-Branchen benötigen mehr Risikokapital und Beratung.

In Firmendatenbanken über Projekte für Direktinvestitionen im Ausland (FDI) können die Haupttrichtungen österreichischer Direktinvestitionen verfolgt werden. Seit 2000 lassen sich wesentliche Veränderungen beobachten: Nachbarländer wie Ungarn oder Deutschland haben einen sinkenden Anteil am gesamten Nominalkapital der Direktinvestitionsunternehmen, dagegen steigen die Anteile für Rumänien, Bulgarien, Polen und Kroatien.

Österreich gehört nicht zur Liga der wichtigsten globalen Investoren, ist jedoch ein bedeutender regionaler Akteur in Mittel- und Südosteuropa. Die gute Ertragslage der Tochtergesellschaften erklärt den rapiden Anstieg österreichischer Investitionen vor allem in Polen und in letzter Zeit auch in den GUS-Ländern. Andere Länder die in 2005 noch keine hohen Erträge abwarfen, aber ein hohes Potential dafür aufweisen, wie Rumänien und Bulgarien gehören auch zu den neuen Favoriten.

Die meisten österreichischen Direktinvestitionen im Ausland sind marktorientiert, d. h. sie zielen auf den Absatz auf dem lokalen Markt der Empfängerländer ab. Dies ist besonders bei Immobilien und Finanzdienstleistungen der Fall. Eine untergeordnete Rolle spielen Investitionen wegen niedrigerer Lohnkosten, die zu einer Verlagerung der Produktion von Österreich ins jeweilige Empfängerland führen. Selbst in Tschechien, Ungarn und der Slowakei war dies nur bei 5 bis 7 Prozent aller Investitionsprojekte der Fall. In jüngster Zeit spielt dies auch in Rumänien ein gewisse Rolle. Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass andere Länder, z. B. im Westbalkan, wie Kroatien oder Serbien, als Ziel für die Verlagerung der Produktion wegen der niedrigeren Lohnkosten gewählt würden. In Sektoren der arbeitsintensiven verarbeitenden Industrie wird in jüngster Zeit vermehrt in Asien investiert. Aber auch dort nur mit dem Ziel, auf dem lokalen

Markt zu verkaufen. Diese Prozesse deuten darauf hin, dass eine Verlagerung der Produktion keine Herausforderung für die österreichische Wirtschaftspolitik darstellt.

Es ist noch nicht entschieden, ob Österreichs Direktinvestitionen auf die Länder Ostmitteleuropas beschränkt bleiben, oder ob sich der regionale Akteur zum globalen Akteur entwickeln wird. Österreichische Investoren sind zu 60 bis 70 Prozent kleine und mittlere Unternehmen (KMUs). Diese kontrollieren jedoch nur einen relativ geringen Teil des im Ausland investierten Kapitals. Da die rentabelsten Investitionsziele jenseits von Österreichs Nachbarländern liegen, könnte die geringe Firmengröße ein Hindernis für künftiges FDI-Wachstum darstellen.

Für die Politik ergeben sich somit zwei große Aufgaben: Erstens jene Unternehmen, die bisher international nicht aktiv sind, zu ermutigen, im Ausland zu investieren. Man kann allerdings kaum erwarten, dass kleinere Unternehmen jenseits der benachbarten Länder aktiv werden. Deshalb wäre es zweitens wichtig, Unternehmen dabei zu unterstützen, sich zu vergrößern, da entsprechendes Kapital bei Investitionen in weiter entfernten Zielen auch innerhalb Europas notwendig ist. Während Finanzdienstleister und einige wenige Unternehmen der verarbeitenden Industrie über die notwendige Größe verfügen und international aktiv sind, sind Firmen anderer Branchen oft zu klein dafür. Ihnen fehlt zumeist auch das nötige Know-how. Sie bedürfen daher der besonderen Hilfe der Wirtschaftspolitik, um expandieren zu können.

Wien, am 3. September 2008.

Rückfragen bitte an Dr. Gábor Hunya, wiiw: Tel. (+43 1) 533 66 10/22,
E-Mail: hunya@wiiw.ac.at.

Die Studie von Gábor Hunya "Austrian FDI by main Countries and Industries"(FIW-Studie Nr. 015, 34 Seiten) wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen des Kompetenzzentrums FIW (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft) erstellt und kann kostenlos von der FIW-Homepage heruntergeladen werden:
<http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/fiwstudie15.pdf>.